

Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine)

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 17.02.2022
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:52 Uhr
Ort, Raum: BBS Sporthalle, Hildesheimer Straße 55, 31061 Alfeld

Anwesend:

Bürgermeister

Bürgermeister Bernd Beushausen

Ratsmitglied

Beigeordneter Andreas Behrens
Ratsfrau Ute Bertram
Ratsherr Christoph Bessel
Ratsherr Paul Bieder
Ratsherr Dominik Denner
Beigeordneter Thorsten Dinkela
Ratsherr Dirk Dräger
Ratsfrau Nadine Fischbock
Ratsfrau Sandra Flake
Ratsherr Guido Franke
Beigeordnete Waltraud Friedemann
Ratsfrau Kerstin Funk-Pernitzsch
Ratsherr Patrick Gensicke
Ratsherr Mattis Glade
Ratsherr Dr. Volker Grasemann
Ratsherr Marco Gravili
Ratsherr Uwe Höltgebaum
Ratsherr Reginald Klossek
Ratsherr Georgios Konstantopoulos
Ratsfrau Sonja Maria Lehmann
Ratsfrau Heike Lietz
Ratsherr Lukas Lohmann
Ratsherr Jörg Sachs
Ratsherr Jörg Schaper
Ratsherr Stephan Schaper
Beigeordneter Harald Schliestedt
Ratsfrau Gabriele Schunder
Ratsherr Christian Voit
Ratsherr Sören von Nolting
Ratsfrau Sabine Voshage-Schlimme
Beigeordneter Peter Winkelmann
Beigeordneter Oliver Wöhler

von der Verwaltung

Herr Mario Stellmacher
Herr Thorsten Laugwitz
Frau Dr. Sonja Granzow
Frau Ina Lechel
Herr Hans-Günther Scharf
Herr Uwe Mönkemeyer

Herr Thomas Otte
Herr Marcel Runge
Protokollführer
Herr Arne Klingeberg

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Alfeld (Leine) sowie der Tagesordnung

Herr Schliestedt begrüßt die anwesenden Ratsfrauen und Ratsherren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Frau Bentnagel von der Leine-Deister-Zeitung, Herrn Riese von der Alfelder Zeitung und sowie alle Zuhörerinnen und Zuhörer.

Er eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Schliestedt bittet darum, die Tagesordnung um folgenden Tagesordnungspunkt im nicht-öffentlichen Teil zu erweitern:

TOP 2: Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Unterer Bergweg/Sandkamp“, OT Hörsum;
Vorlage Nr. 080/XIX

Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Die Tagesordnung wird sodann in der geänderten Form festgestellt.

Bevor **Herr Schliestedt** in der Tagesordnung fortfährt, richtet er als Ratsvorsitzender ein paar persönliche Worte an den Rat der Stadt Alfeld (Leine). Heute steht die Verabschiedung des Haushalts 2022 an, aufgrund der Kommunalwahlen zwei Monate später als üblich. Die Verwaltung legt der Politik einen Haushaltsplanentwurf vor, der die Rahmenbedingungen und Eckpunkte aufweist und genehmigungsfähig sein sollte. Die Politik ist aufgefordert diesen zu hinterfragen, eigene Wünsche und Vorstellungen einzubringen, aber auch möglich Einsparpotential aufzuzeigen. Leider wurde in den Fachausschusssitzungen hiervon wenig Gebrauch gemacht, dies von allen Parteien. Erst im eigentlich abschließenden Finanzausschuss und einen dann nochmals einberufenen Finanzausschuss wurden dann intensiv Veränderungswünsche diskutiert. Dies sei nicht der richtige Weg. Er fordert daher alle Parteien auf, sich schon frühzeitig im laufenden Jahr Gedanken zu machen und diese frühzeitig kommunizieren. Aber auch die Verwaltung ist aufgerufen, sparsam mit den Haushaltsmitteln umzugehen und nicht nur auf Steuererhöhungen zu setzen. Er wünsche sich für die heutige Sitzung einen Mehrheitsbeschluss eines genehmigungsfähigen Haushaltes, so dass die Verwaltung handlungsfähig bleibe und keine Fördermittel verloren gehen.

Frau Funk-Pernitzsch kritisiert diese Aussagen, ihrer Meinung nach verstoße der Ratsvorsitzende damit gegen den § 3 der Geschäftsordnung, demnach habe dieser die Sitzung unparteiisch zu leiten.

Herr Schliestedt erwidert, dass er als Ratsvorsitzender ein persönliches Statement abgegeben und alle Parteien angesprochen habe.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) am 16.12.2021

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Herr Beushausen berichtet, dass der Landkreis gestern Nachmittag gegen 17 Uhr aufgrund des angekündigten Sturms kurzfristig einen Schulausfall für heute angeordnet hat. Hiervon sind selbstverständlich auch die Grundschulen betroffen. Die Kindertagesstätten sind geöffnet. Bisher gab es für die Feuerwehren keine wesentlichen Einsätze.

Herr Beushausen geht kurz auf die aktuelle Corona Lage ein und teilt mit, dass der Landkreis seit Freitag keine detaillierten Zahlen mehr herausgibt.

Das Impfzentrum ist nun nicht mehr im Artra ansässig, sondern in der Limmerburg auf dem ehemaligen Rosteck Grundstück, heute NTI.

Am Montag hat er mit einem Impfgegner eine Diskussion führen müsse, dieser habe ihm quasi vorgeworfen, dass die Transparente des Rates für das Impfen durch seine Steuergelder finanziert wären. Dazu teilt Herr Beushausen mit, weil sich alle Parteien darauf verständigt haben, die Kosten über die Parteien abzurechnen.

4. Aussprache zum Bericht des Bürgermeisters

Es gibt keine Wortmeldungen.

5. Berufung einer Bürgerdeputierten in den Kultur-, Tourismus- und Weltkulturerbeausschuss; Vorlage: 065/XIX

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

„Frau Anette Schmitz wird als Bürgerdeputierte in den Kultur-, Tourismus- und Weltkulturerbeausschuss berufen“.

- e i n s t i m m i g -

6. Beschluss gem. § 182 (1) NKomVG zur weiteren Nutzung der Videokonferenztechnik für 3 Monate; Vorlage: 068/XIX

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) stellt fest, dass im Landkreis Hildesheim ein hohes örtliches Infektionsgeschehen vorliegt. Aus diesem Grunde beschließt der Rat der Stadt Alfeld (Leine) gem. § 182 (1) Satz 2 NKomVG, dass die Regelegung des Absatzes (2) Nummer 3 für die Sitzungen der Ausschüsse Anwendung finden soll. Diese Regelung soll längstens bis zum 16.05.2022 gelten.“

- e i n s t i m m i g -

7. **Änderung der Entgeltregelung und der Richtlinien für die Benutzung schulischer Einrichtungen der Stadt Alfeld (Leine) zu schulfremden Zwecken; Vorlage: 059/XIX**

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die geänderte Entgeltregelung und die geänderten Richtlinien für die Benutzung/Überlassung schulischer Einrichtungen der Stadt Alfeld (Leine) zu schulfremden Zwecken in der beiliegenden Fassung.“

- e i n s t i m m i g -

8. **Überörtliche Prüfung gemäß §§ 1 bis 4 Niedersächsisches Kommunalprüfungsgesetz (NKPG); Haushaltsrisiken durch Investitionsrückstände; Vorlage: 063/XIX**

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

9. **Dienstpostenbewertungsplan für das Haushaltsjahr 2022; Vorlage: 060/XIX**

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt den vorgelegten Dienstpostenbewertungsplan.“

- e i n s t i m m i g -

10. **Haushalt 2022**

- 10.1. **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022; Vorlage: 061/XIX**

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Stellenplan der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2022 wird in der vorgelegten Form festgestellt.“

- e i n s t i m m i g -

- Stellenverteilungsplan für das Haushaltsjahr 2022; Vorlage: 062/XIX**

- 10.2.

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt den Stellenverteilungsplan für das Haushaltsjahr 2022.“

- e i n s t i m m i g -

- 10.3. **Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2022 und den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2023 - 2025
Vorlage: 025/XIX**
- 10.4. **Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2022 und den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2023 - 2025
Vorlage: 025/XIX/1**
- 10.5. **Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2022 und den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2023 - 2025**

Vorlage: 025/XIX/2

Herr Laugwitz geht auf die vorangegangenen Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen ein. Auch die Ortsräte konnten ihre Wünsche und Anregungen mitteilen und hierüber wurde in den Sitzungen mitberaten.

Neben den üblichen Haushaltsplanberatungen standen die Maßnahmen aus dem neu aufgesetzten Haushaltssicherungskonzept zur Diskussion. Neben zahlreichen Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung standen vor allem die Steuern im Vordergrund, die ab dem Jahresbeginn 2022 erhöht wurden bzw. werden sollen. Die Hundesteuer steigt um 6 EUR, die Vergnügungssteuer um 5 % auf 15 % des Einspielergebnisses der Geldspielautomaten. Die Hebesätze der Realsteuern (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer) sollten ursprünglich um 50 % Punkte angehoben werden, nun wurde sich mehrheitlich auf ein Stufenmodell mit einer 10 % Steigerung zum 01.01.2022 geeinigt. Diese Erhöhungen sind Mehrbelastungen für alle Betroffenen, dies ist allen sehr bewusst. Trotz dieser unbeliebten, aber notwendigen Maßnahmen, kann der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen werden. Es verbleibt bei allen Anstrengungen ein Fehlbetrag von rund 2,1 Millionen Euro. Ohne die Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes hätte das Defizit etwa 2,8 Millionen Euro betragen. Eine Genehmigungsverfügung der Kommunalaufsicht bleibt deshalb mit Spannung abzuwarten.

Bei allem Konsolidierungswillen und der Pflicht dazu bleibt aber festzuhalten, dass städt. Leistungen wie Schulraumversorgung, Bereitstellung von Kitaplätzen, die Straßenbeleuchtung, ein ausreichende Angebot an Sportstätten oder eine immer einsatzfähige Feuerwehr nicht von der Haushaltslage abhängig sein darf.

Im gesamten Finanzplanungszeitraum wird die zwingende Auflage der Kommunalaufsicht beachtet, dass sich die Stadt Alfeld (Leine) bei Investitionen und den damit verbundenen Kreditaufnahmen insgesamt nicht neu verschuldet (Nettoneuverschuldung = 0). Rechnet man die Gebührenhaushalte und die Investitionen für die Kindertagesbetreuung heraus, wird es aller Voraussicht nach gelingen, in den nächsten Jahren weniger Investitionskredite aufzunehmen als die Gesamthöhe der Tilgungsraten. Dies sei ein positives Signal, weil dadurch ein Umbruch zur Schuldenreduzierung stattfinden kann.

Zwar weisen die Jahresergebnisse in der mittelfristigen Ergebnisplanung noch keine positiven Zahlen aus, aber das Haushaltssicherungskonzept plant mit zwei weiteren Folgejahren. Sofern dies in diesem Umfang auch die entsprechende Umsetzung findet, können ab dem Jahr 2026 wieder „schwarze“ Zahlen möglich werden, die die bis dahin aufgelaufenen Fehlbeträge sukzessive abbauen könnten.

Das ordentliche Ergebnis beträgt nach den nun überarbeiteten Haushaltsansätzen ein Minus von 2.141.800 Euro. Der Saldo des Finanzhaushaltes aus laufender Verwaltungstätigkeit ist mit 252.000 Euro seit langer Zeit wieder leicht positiv, was sich auf den Höchstbetrag der Liquiditätskredite auswirkt, der auf 29,5 Millionen Euro herabgesetzt werden kann.

Die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes versetzt die Stadt Alfeld (Leine) in die Lage, beginnend mit diesem Jahr, sehr langsam, die sehr hohen Liquiditätskredite abzubauen. Dennoch bleibt die Gefahr einer Änderung des Zinsniveaus. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis die Zinsen für kurzfristige Kredite wieder steigen.

Die Liquidität der Stadtkasse war auch im letzten Jahr zu jeder Zeit gesichert. Alle Zahlungsverpflichtungen konnten stets erfüllt werden. Die langfristige Verschuldung (ohne Liquiditätskredite) betrug am 31.12.2021 rund 67,3 Millionen Euro, wovon 3,8 Millionen auf die Krankenhaus Alfeld GmbH und rund 27,6 Millionen auf die Gebührenhaushalte entfallen. Bei den letztgenannten ist der Schuldendienst durch Gebühreneinnahmen gedeckt. Unter Berücksichtigung dieser Bereiche liegt der Betrag der langfristigen Verschuldung bei 35,9 Millionen Euro.

Bei der abschließenden Bewertung der Haushaltslage der Stadt Alfeld (Leine) muss, wie in jedem Jahr darauf hingewiesen werden, dass die Finanzausstattung der Kommunen insgesamt in vielen Bereichen nach wie vor unzureichend und damit nicht auskömmlich ist. Mehr und mehr Aufgaben werden auf sie verlagert bzw. durch neue gesetzliche Vorgaben aufwendiger und arbeitsintensiver, ohne dass im Rahmen des Konnexitätsprinzipes eine angemessene Kostenübernahme erfolgt.

Diese Tatsache entbindet uns alle aber nicht von der Verpflichtung, auch weiterhin den Prozess der konsequenten Haushaltskonsolidierung zu gehen.

Der Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge ist und bleibt noch ein langer Weg. Zukünftige Investitionen, gerade außerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen sollten stets auf ihre zwingende Notwendigkeit und deren Unabweisbarkeit hin überprüft werden.

Denn nur durch dauerhaft sparsames Handeln unter der Berücksichtigung aller erforderlichen Notwendigkeiten, kann sich die Stadt Alfeld (Leine) auf den langen Weg einer Entschuldung begeben. Dieses Ziel darf zu keinem Zeitpunkt aus den Augen verloren werden.

Herr Dinkela geht darauf ein, dass schon viele Argumente in den Ausschüssen und über die Presse ausgetauscht worden sind. Seiner Meinung nach waren dies viele unrichtige, falsche und irreführende Aussagen, die zum Teil auch auf grobe Unkenntnis einfachster wirtschaftlicher Zusammenhänge schließen ließen.

Er zitiert eine Aussage aus der Alfelder Zeitung „die Einsparungen liegen unter 10.000 €“. Die Aussage sei für sich genommen schlichtweg falsch, weil man bei der Addition der beschlossenen Sparmaßnahmen auf über 400.000 € komme. Und diese Einsparungen seien dann auch über die Jahre voll ergebnisrelevant. Die Summe wäre dann sogar höher, weil durch eingesparte Kredite die Zinsaufwendungen geringer ausfallen würden. Bei wohlwollender Interpretation der Aussage, ist sicher gemeint gewesen, dass die ergebnisrelevanten Einsparungen für das Haushaltsjahr 2022 knapp unter 10.000 € liegen. Diese Aussage wäre durchaus richtig, offenbart dann aber ein grobes Unverständnis für finanzielle Zusammenhänge und erkläre ihm, warum in den letzten zwei Jahrzehnten die Stadt Alfeld so über ihre Verhältnisse gelebt habe.

Ein Sparkonzept muss sich auf die zukünftigen Ausgaben konzentrieren, weil die Ausgaben des laufenden und kommenden Haushaltsjahres aufgrund von Verpflichtungen wie Abschreibungen, Personalkosten und sonstigen vertraglichen Vereinbarungen kaum realisieren lässt. Ein Sparkonzept muss daher langfristig angelegt sein. Wer das nicht versteht, wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Eine traurige Wahrheit gehört daher auch noch in die Debatte: Die Parteien, die heute wahrscheinlich für die Steuererhöhung stimmen, haben nicht einen einzigen eigenen Sparvorschlag in die Diskussion eingebracht.

Während sich die BAL wenigstens um einen Kompromissvorschlag zum Thema Einnahmen bemüht hat – der nun in leicht abgeänderter Form auf dem Tisch liegt - kam von der SPD nichts. Nur die Aussage man sei kompromissbereit. Aber keine Aussage zu irgendwelchen Kompromissangeboten.

Seiner Meinung nach sind die genannten Zahlen in der mittelfristigen Finanzplanung und dem Haushaltsicherungskonzept reines Wunschenken. Dazu müsse man festhalten, dass bei der Erstellung der Zahlen alles formal korrekt gehandhabt wurde. Leider sei dabei ein typischer Fehler passiert. Die hier vorliegende Steuerschätzung ist eine rein statische Betrachtung, die den Umstand negiert, dass diese Steuererhöhung einen Einfluss auf die wirtschaftliche Ertragskraft des Gewerbes/der Industrie dieser Stadt habe. Jeder wisse, dass eine Preiserhöhung einen unmittelbaren Einfluss auf die Nachfrage habe. Insbesondere wenn sogenannte psychologische Hürden überschritten werden. Die 400 Punkte Hebesatz bei der Gewerbesteuer sei solch eine Hürde. Bei Überschreiten dieser Hürde reagiere der Markt, in

diesem Fall die Unternehmen, sehr elastisch. Das heißt im Klartext: Neuansiedlungen können wir in Alfeld abschreiben.

Ansässige Firmen würden nicht abwandern, da möge etwas dran sein, allerdings liest sich das für ihn etwas zynisch, da diese nicht einfach wegziehen oder abwandern könnten.

Aus seiner Sicht benötige jeder Standort von Gewerbe und Industrie durchschnittlich 1 – 2% Neuansiedlungen, um die sogenannten „natürlichen“ Verluste, wie Geschäftsaufgaben, Firmensitzverlagerung aufgrund mangelnder Expansionsmöglichkeiten usw. auszugleichen. Wenn diese notwendigen Neuansiedlungen nicht passieren, blute ein Standort aus.

Mit der vorgeschlagenen Steuererhöhung, auch dem Stufenplan, schließe man Alfeld von der notwendigen Kompensation, um das Niveau zu halten, aus. Dies umso mehr, weil Alfeld schon Steuern erhebt, die am oberen Ende der Skala liegen.

Das bedeute aber auch im Umkehrschluss, dass unter realistischer Betrachtung das Haushalts sicherungskonzept die gesetzlichen Anforderung nicht erfüllen werde. Genau das Gegenteil sei der Fall.

Das Thema Grundsteuer lässt ihn persönlich angesichts von Inflation und Einbußen der Bürger*innen aufgrund der nun schon lange andauernden Pandemie, einfach nur sprachlos und traurig zurück. Für ihn lasse eine Rede eines Ratsmitglieds, dass dieser die Anhebung als nur marginal ansehe und dieser gerne bereit wäre diese Summe zu bezahlen, um damit so viele gute Projekte der Stadt zu finanzieren, sprachlos zurück.

Diese Steuererhöhung treffe die kleinen Einkommen überproportional und sei schlichtweg im höchsten Maße unsozial.

Mit der erneuten Erhöhung der Vergnügungssteuer, schlage dann die Gewerbesteuererhöhung, die Grundsteuererhöhung und eine Verdopplung der Vergnügungssteuer in der Gastronomie zu Buch. Und das in Zeiten, in der dieser Bereich in der Pandemie mit am meisten gelitten habe.

Wahlen seien aus seiner Sicht immer noch eine wichtige, vielleicht die wichtigste Form der Bürgerbeteiligung. Und dann werden so wichtige Themen erst zwei Monate nach der Wahl auf den Tisch gelegt. Wusste man im August/September noch nichts von der geplanten Steuererhöhung? Habe sich die Finanzlage der Stadt so dramatisch zwischen Sommer und November 2021 geändert? Er könne sich dies nicht vorstellen. Und da frage er sich, ob Bürgerbeteiligung nur dann gefragt ist, wenn es nicht weh tue, wie z.B. bei der Erstellung des Leitbildes, dass mehr als 50.000 € kosten wird.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen lehnt aus den dargestellten Gründen die Erhöhungen der Realsteuern ab und plädiert für eine Beibehaltung der derzeit gültigen Steuersätze. Diese Steuererhöhung sei im höchsten Maße unsozial.

Herr Winkelmann stellt fest, dass noch nie so viele Haushaltsdebatten wie in diesem Jahr geführt wurden. Er kritisiert allerdings, dass diese Diskussionen weniger in den Fachausschüssen geführt wurden, wo sie eigentlich hingehören, sondern dann in den beiden letzten Sitzungen des Finanzausschusses. Er ist der Meinung, dass dieses in der Zukunft von allen Beteiligten besser gemacht werden sollte. Er geht kurz auf die Leserbriefe ein, in denen die SPD als unsozial dargestellt und die jahrelange falsche Haushaltspolitik angeprangert wurde. Wenn dies so sei, dann müsse sich aber auch Bündnis 90/Die Grünen hinterfragen, schließlich wurden alle Beschlüsse der vergangenen Jahre gemeinsam mehrheitlich beschlossen und teilweise sogar einstimmig.

Er geht anschließend auf den Haushaltsplanentwurf ein. Aus seiner Sicht gebe es sowohl ein Einnahme-, als auch ein Ausgabenproblem. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch Bund und Länder sei nach wie vor nicht ausreichend, die immer mehr werdenden neuen Aufga-

ben aus eigenen Mitteln zu bewältigen. Auch sei es keine Frage, dass die Stadt Alfeld (Leine) ein Ausgabenproblem habe. Parteiübergreifend sei man sich aber einig, dass man nicht alle freiwilligen Leistungen einfach streichen könne, um den Haushalt auszugleichen. Dann sei Alfeld nicht mehr lebenswert. Den Vorwurf, dass die SPD Fraktion keine Sparvorschläge eingebracht habe, teilt er nicht. Man habe den Friedhofshain gestrichen, die Ausgaben für das Schnarchmuseum. Einige Haushaltsansätze wurden gemeinsam mit Sperrvermerken versehen und sollen zu einem späteren Zeitpunkt auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Auch die SPD Fraktion sehe die Belastung Aller mit den Steuererhöhungen, man halte diese aber für vertretbar.

Die Gewerbesteuer sei seit fast 10 Jahren unverändert, die letzte Erhöhung erfolgte 2013. Trotz Corona haben viele Unternehmen ihre Gewinne gesteigert. Er sieht die Erhöhung als der Teil der Wirtschaft zur Finanzierung des Haushalts der Stadt Alfeld (Leine), wenn diese Gewinne einfahren würden, einen etwas höheren Beitrag zu leisten. Man dürfe sich auch nicht von einem Unternehmen abhängig machen, schließlich schwanken die Jahresergebnisse und damit die Steuereinnahmen erheblich.

Der Verwaltungsentwurf sieht eine Erhöhung um 50%-Punkte vor, der Vorschlag der CDU/FPU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten 0%-Punkte. In der Haushaltsklausur habe seine Fraktion sich für mind. 25 %-Punkte ausgesprochen. Aus seiner Sicht sei der nun von der BAL vorgebrachte Stufenplan, der auch von den Linken unterstützt wird, ein sehr guter Kompromiss, den die SPD-Fraktion unterstützen wird.

Mit der SPD-Fraktion sei kein Personalabbau zu verhandeln, alleine der Baubetriebshof sei mittlerweile mit nur noch 29 Personen am unteren Ende der Fahnenstange angekommen. Gleichwohl unterstütze man die Optimierung der Verwaltung.

Für die zukünftigen Haushalte müsse man früher mit den Diskussionen beginnen und gemeinsam konstruktive Vorschläge erarbeiten. Die Erarbeitung der neuen Friedhofsgebühren seien aus seiner Sicht ein gutes Beispiel dafür.

Herr Behrens bedankt sich bei Herrn Laugwitz und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfes. Er stellt fest, dass es neben dem Haushalt auch um ein Haushaltssicherungskonzept gehe, über das ernsthaft diskutiert werden könne. Und dies wurde intensiv getan. Er bedankt sich bei den Ratskolleginnen und -kollegen für den kollegialen, respektvollen Umgang miteinander.

Die Gruppe CDU/FDP im Rat der Stadt Alfeld (Leine) spricht sich ausdrücklich gegen die Erhöhung der Realsteuern aus. Grundsätzlich trage die Gruppe die meisten im Haushaltssicherungskonzept verankerten Punkte mit, man sei aber der Ansicht, dass eine Erhöhung der Steuern zu diesem Zeitpunkt mehr Schaden anrichte, als nachhaltigen Nutzen bringe, weil eine Erhöhung der Einnahmen der Kommune auf diesem Wege, zwar kurzzeitig die Symptome lindere, aber die Ursachen nicht angehe.

Stand 2020 haben die meisten unserer Nachbarkommunen ebenfalls einen Hebesatz von unter 400 Punkten bei der Gewerbesteuer, dies ist eine psychologische Grenze, welche mit einer Erhöhung ganz gleich in welcher Höhe, überschritten wird. Mit dem aktuellen Hebesatz von 500 Punkten bei der Grundsteuer A und B liegt Alfeld auch schon in der teureren Gruppe der Kommunen in Niedersachsen (nur 53 bzw. 49 von 944 Kommunen erheben 500 oder mehr Punkte).

Die Grundsteuer zahle jede und jeder die/der in Alfeld eine Immobilie nutzt, egal ob direkt als Eigentümer oder als Mieter indirekt über die Nebenkosten. Speziell die Menschen mit einem geringen Einkommen geben überproportional viel von ihrem zur Verfügung stehenden Geld für Wohnen aus. Sie haben kaum Möglichkeiten die Kostensteigerungen zu kompensieren. Diese Menschen in Zeiten rapide steigender Energiekosten und einer steigenden Inflation noch zusätzlich zu belasten, sei der falsche Weg.

Insofern habe die Gruppe mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass sowohl die Linke, als auch die SPD, als Parteien die sich eigentlich für die Belange der finanziell nicht so Starken in unserer Gesellschaft einsetzen, vorhaben, diese Menschen stärker zu belasten und so die soziale Schere weiter zu öffnen.

Die Gewerbesteuer zu erhöhen sei auch ein falsches Signal. Die Gewerbesteuer entziehe den Firmen Teile ihrer Liquidität und damit ihrer Entwicklungsmöglichkeiten. Ein hoher Gewerbesteuerhebesatz könne bei einer Standortentscheidung durchaus den Ausschlag geben, ob sich eine Firma in Alfeld oder doch lieber in einer Nachbarkommune ansiedele, ihre Arbeitnehmer pendeln lasse und den Alfelder Kundenstamm aus Gronau, Elze oder Delligsen betreue. Und die Arbeitnehmer überlegen sich dann über kurz oder lang, ob sie weiter pendeln oder lieber umziehen wollen.

Seitens des Bürgermeisters wurde behauptet, dass eine Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht gefährdet wäre, wenn die Steuern nicht angehoben werden. Das hätte zur Folge, dass auch einige mit Fördermittel hinterlegte Projekte durch den entstehenden Terminverzug gefährdet wären. Diese Sorge sei aus Sicht der Gruppe völlig unbegründet.

Die Kommunalaufsicht sei nicht berechtigt der Stadt Alfeld (Leine) detailliert vorzuschreiben, wie sie ihren Haushalt in den Griff bekomme, da sei diese souverän und dürfe entscheiden, ob Steuern erhöht oder lieber an anderer Stelle gespart werde. Auch der Erlass des Landes gibt da eine gewisse Reihenfolge vor und Steuern zu erhöhen ist das letzte Mittel der Wahl.

In den letzten Jahren wurden Haushalte mit einem deutlich höheren Defizit genehmigt. Der aktuelle Entwurf würde auch ohne Steuererhöhung ein um rund 500.000 Euro niedrigeres Defizit als der Haushalt 2021 aufweisen und das trotz Corona. Bezieht man die Steuernachzahlung der Firma Meyer Seals von verbleibenden 60.000 Euro von ursprünglich 800.000 Euro hinzu, dann liege ein um 860.000 Euro verbesserter Haushalt vor.

Es gebe also für die Kommunalaufsicht keinen Grund, diesen Haushalt abzulehnen. Darüber hinaus erfülle die Stadt die Vorgaben des Landes zum Haushaltsicherungskonzept indem es eine Perspektive für einen ausgeglichenen Haushalt und einen Abbau der Schulden gebe.

Die Gruppe gehe aufgrund der aktuell vorliegenden Zahlen davon aus, dass auch ohne die Erhöhung der Steuern, bis 2027 eine schwarze Null erreicht werden kann. Die Prognose zeige in 2027 ein verbleibendes Defizit von ca. 201.000 Euro oder 0,5 % des aktuellen Haushaltsvolumens. Dieses Defizit zu beseitigen, sollte durchaus machbar sein.

Die aufgelaufenen Altschulden von aktuell 34,5 Mio. € (Tendenz immer noch steigend) innerhalb dieser Zeit abzubauen ist unrealistisch, dass wäre es aber auch mit der Steuererhöhung. Es ist auch fraglich, warum plötzlich ernsthaft über Schuldenabbau nachgedacht werde, nachdem die bisherige Mehrheit im Rat keine Probleme mit den immer weiter ansteigenden Schulden gehabt habe. Der erste Schritt müsse es sein, weitere Schulden zu vermeiden. Um dies zu erreichen, müssen alle Bereiche des Haushaltes noch einmal gründlich auf den Prüfstand gestellt werden. Nur wenn strukturell etwas geändert werde, würde die Stadt aus der Abwärtsspirale entkommen können.

Parteiübergreifend wurde beschlossen, das 7 Berge Bad auf eine wirtschaftlichere Betriebsmöglichkeit zu prüfen, mit dem Ziel das jährliche Defizit von 1,9 Mio. € zu reduzieren und das Bad dauerhaft betreiben zu können! Auch das Thema Energie soll nach einem Beschluss im Finanzausschuss vom 10.02.2022 endlich angegangen werden, um hier ein weiteres Anwachsen des Defizits zu vermeiden.

Die von der CDU/FDP und den Grünen eingebrachten Sparvorschläge werden eine deutlich höhere Einsparung als die vom Bürgermeister lancierten 10.000,- € ergeben. Neben den Abschreibungen und den Zinsen, wird durch Kürzung oder Streichung verschiedener Punkte die

weitere Erhöhung der Gesamtschulden, die am Ende des Tages wieder abgebaut werden muss, vermieden. Viele dieser Maßnahmen werden erst durch die neuen Mehrheiten im Rat überhaupt möglich und benötigen jetzt Zeit für die Prüfung und Umsetzung bevor sie wirksam werden.

Einmal angehobene Steuern wieder zu senken ist solange unmöglich, wie ein Haushaltssanierungskonzept vorgelegt werden müsse.

Weil besonders Familien mit kleinem Einkommen nicht noch stärker, durch eine in absehbarer Zeit nicht mehr rückgängig zu machende Steuererhöhung, belastet werden sollen, lehne die Gruppe diese Steuererhöhung entschieden ab.

Herr S. Schaper wünscht sich, dass es weiterhin einen konstruktiven Austausch zwischen allen Ratsmitglieder gibt. Auch sollten bei den nächsten Haushaltsplanberatungen weit früher mit interfraktionellen Beratungen begonnen werden.

Der Ergebnishaushalt berücksichtigt auf der Einnahmenseite die ordentlichen Einnahmen, die sich wiederum aus Steuern, Zuwendungen und Umlagen, Entgelte und sonstigen Erträgen zusammensetzen. Bei den Steuern sind die betragsmäßig größten Steuereinnahmen die Gewerbesteuer gefolgt von der Grundsteuer. Im Verwaltungsentwurf ist der Ansatz gewählt worden, dass die Gewerbesteuer um 50 %-Punkte und die Grundsteuer A und B ebenfalls um 50%-Punkte angehoben werden sollte.

Hier habe die BAL für sich entschieden, dass dies eine Anhebung sei, die in dieser Höhe nicht mitgetragen werden könne. Man dürfe mit einer derartigen Anhebung der Gewerbesteuer unseren Gewerbestandort in Alfeld nicht schwächen. Alfeld stehe mit dem Gewerbegebiet, aber auch mit der gesamten Ansiedlung von Gewerbetreibenden, in direkter Konkurrenz zu den Nachbarkommunen. Bei der Grundsteuer sehen sie dies ähnlich. Hier wäre eine Erhöhung von 50%-Punkten aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie, den aktuellen zusätzlichen Energiepreissteigerungen nicht verantwortungsbewusst, wenn die Grundsteuer, wie im Verwaltungsentwurf vorgeschlagen, um 50%-Punkte angehoben worden wäre.

Aber, es gebe gesetzliche Vorgaben, die mit der Verabschiedung des Haushaltes 2022 sowie der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzepts bis 2027 für die Stadt Alfeld eingehalten und berücksichtigt werden müsse. Hier regle ganz klar § 110 NKomVG den Spielraum.

Bei den gemeinsamen Überlegungen, die in den Haushaltsplanberatungen und den interfraktionellen Treffen getroffen wurden, habe man sicherlich sinnvolle Beschlüsse gefasst und Maßnahmen gestrichen, aber auch festgestellt, dass die Auswirkungen, bezogen auf den Ergebnishaushalt 2022 gering ausfallen. Wichtig ist, das ist trotzdem notwendig und richtig und das ist aber auch genau die Aufgabe der nächsten Jahre, denn hier ist nicht die kurzfristige Einsparung entscheidend, sondern die Auswirkung auf die Gesamtperiode einer Investition und deren Folgekosten. Daher müsse das gemeinsame Ziel sein, auch „kleinere“ Maßnahmen kritisch zu betrachten, ob diese sinnvoll und notwendig seien. Alleine das 7 Berge Bad muss ganz kritisch beleuchtet werden, hier müsse Einsparpotential herausgearbeitet werden, und dies müsse allen Beteiligten auch klarwerden.

Aber man müsse auch ganz eindeutig sehen, dass es aktuell aufgrund einer Vielzahl von zu erledigenden Aufgaben und Maßnahmen, wie z. B. die durchzuführenden Maßnahmen bei den Investitionen in die Raum-Luft-Filtertechnik, die kurzfristig eingebaut, fertiggestellt und abgerechnet werden müsse, damit der Förderbetrag von über 570 T€ auch fließen könne, nicht durch einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt nicht weitergehen und abgeschlossen werden könne und wir am Ende erhebliche finanzielle Mittel verlieren würden.

Alleine aus diesen Überlegungen, nämlich grundsätzlich die Grund- und Gewerbesteuererhöhungen zu vermeiden bzw. auf einen absoluten Minimalbetrag zu beschränken, da bereits ein hohes Niveau bei beiden Steuern erreicht ist und dass wir uns nicht vollständig von unseren „freiwilligen“ Ausgaben und Investitionen zurückziehen dürfen, damit wir mit gewissen Maß-

nahmen unsere Stadt für alle Bevölkerungsschichten attraktiv und lebenswert halten, habe die BAL-Die Unabhängigen den Vorschlag unterbreitet, dass die Gewerbe- und Grundsteuer nicht um 50%-Punkte sondern, „nur“ um 10%-Punkte im Jahr 2022 und 2024 angehoben werden soll. Im Haushaltssicherungskonzept wurde die Staffelung um weitere 10%-Punkte in 2026 und 2027 mit aufgenommen, damit die gesetzlichen Anforderungen, die uns der § 110 NKomVG vorgibt, auch erfüllt werden.

Die BAL habe aber auch in ihrem Antrag ganz klar ausgeführt, dass die weiteren Erhöhungen nur nach Überprüfung und unter Berücksichtigung der dann aktuellen Haushaltslage durchzuführen sei. Sofern die Erreichung eines positiven Jahresergebnisses auch ohne diese Anhebung, aufgrund von Einsparungen bei den Ausgaben, bei den Investitionen oder anderweitiger Mehreinnahmen möglich ist, soll keine automatische Erhöhung erfolgen. Die tatsächliche Anhebung erfolge immer im Rahmen der durchzuführenden Haushaltsplanberatungen mit dem Beschluss des Rates.

Zur Klarstellung noch einmal eine Stellungnahme zu anderweitigen Pressemitteilungen oder Statements: die BAL-Die Unabhängigen hat einen Antrag gestellt, die Hebesätze nicht um 50%-Punkte, sondern um 10%-Punkte und die Vergnügungssteuer um 5%-Punkte anzuheben, damit ein genehmigungsfähiger Haushalt erreicht werden könne. Man habe an diesem Vorschlag, nachdem dieser eingebracht wurde, nichts mehr verändert. Die SPD und auch Die Linke haben, nachdem die BAL mitgeteilt habe, diese Ansätze nicht weiter zu erhöhen, dass Sie den Antrag der BAL ebenfalls so mittragen könnten. Hier gab es also keine Annäherung o.ä. sondern einzig und allein der Zuspruch zu ihrem Antrag.

Frau Funk-Pernitzsch geht zu Beginn ihrer Rede auf den essentiellen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ein, schließlich seien die Ratsfrauen und Ratsherren von diesen gewählt worden.

Wenn in diesen Zeiten die Steuern erhöht werden sollen, wo Alfeld schon jetzt im Vergleich zu den Nachbargemeinden sehr hoch liege, so werde manch eine Person oder manches Unternehmen in eine schwierige bis desaströse Lage gebracht. Dies seien Gastronomen, die neben der erhöhten Gewerbe- und Vergnügungssteuer (die zum 01.01.2022 erst erhöht wurde), nun auch noch indirekt durch die Grundsteuer belastet werden, indem sie voraussichtlich höhere Miet-/Pachtabgaben zu zahlen haben. Gewerbetreibende müssen wie jeder von uns für die Zukunft planen. Werden sie tatsächlich mit ihrem Firmensitz bei sukzessiver Erhöhung der Steuern in unserer Gemeinde bleiben?

Sie fragt sich, was die Vorhaben und Projekte vom Stadtentwicklungskonzept bis hin zur Entwicklung des städtischen Leitbildes, noch wert sein werden, wenn wir keine Menschen mehr hier haben, die sich mit ihrem Gewerbe oder mit ihrem Wohnsitz in Alfeld ansiedeln wollen.

Heute titulierte die überregionale Presse: „Zum Leben zu teuer - Energie, Gemüse, Kraftstoffe – die Preise steigen rasant“ für die Menschen, die schon jetzt einen knappen Geldbeutel haben. Sie könne sich nur wundern vor diesem Hintergrund, dass manche hier aus dem Rat, wie unlängst in einer Sitzung formuliert, die Steuererhöhungen als nur marginal, als "Peanuts" sehe. Wie losgelöst von der gesellschaftlichen Realität müsse man sein, nicht die Not zu erkennen, in der schon ein Teil unserer Bevölkerung jetzt sei. Und leider, so fürchte sie, sei das erst der Anfang.

Die Erhöhung, der ohnehin schon hohen Grundsteuer, wird die schon jetzt gestiegenen Mietkosten weiter in die Höhe treiben. Spannend hierbei ist auch, nur so am Rande, dass vorgestern der Kreisverband der Linken auf Instagram postete „Wohnen darf keine Ware sein“. Es wurde kritisiert, dass es keinen Wohnraum mehr für Arme gebe. Auch heißt es darin: explodierende Mieten sind Symptome einer unsolidarischen Marktwirtschaft, die für einige Wenige viel Profit abschlägt und für viele Menschen soziale Ungerechtigkeit bedeutet. Sie könne daher nicht verstehen, dass der Antrag der BAL-Ratsfraktion von Herrn Bieder mitgetragen werden solle.

Wenn man etwas nicht unterstützen wolle, dann müsse man Alternativen aufzeigen. Die Fraktion B90/Die Grünen haben, wie auch die Kolleg*innen der CDU/FDP/Piraten deshalb Sparvorschläge eingebracht, die BAL hat, den Vorschlag einer sukzessiven Steuererhöhung eingebracht (ursprünglich jedoch ohne die Anhebung der Vergnügungssteuer), die SPD stimmte mit den Vorschlägen der Verwaltung überein und hatte keine Vorschläge proaktiv eingebracht. Die Linke hatte sich nicht positioniert.

Als klar wurde, dass durchaus viele Ratsmitglieder, das von der Verwaltung vorgelegte Haushaltssicherungskonzept und den daraus folgenden Haushaltsplan kritisch bis ablehnend sehen, hätte sich die Fraktion B90/Die Grünen vom Bürgermeister und der Verwaltung gewünscht, verschiedene alternative Szenarien mit allen Vor- und Nachteilen vorgelegt zu bekommen. Dies ist nicht geschehen, man hat es darauf ankommen lassen, dass sich die unterschiedlichen Haltungen verhärten.

Die große Kunst ist es, in der geschilderten Situation als Parteien, nicht aus dem Blick zu verlieren, dass es nicht ums Gewinnen, um Hauptsache Mehrheiten finden geht, sondern um den Inhalt und die Überzeugung, dafür haben uns die Wähler*innen gewählt. Selbstverständlich gehört es zur demokratischen Meinungsbildung auch dazu, Kompromisse und den bestmöglichen gemeinsamen Nenner zu finden. Es geht aber auch darum, für die Überzeugungen zu stehen für die man angetreten ist.

Deshalb werde die Fraktion B90/Die Grünen gegen die Steuererhöhungen stimmen.

Herr Glade beginnt seine Rede mit einem Zitat von Willy Brandt aus dem Jahre 1969: "Wir sind keine Erwählten, wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie bemühen."

Er hätte sich gewünscht, dass die Verwaltung und einige Ratskollegen dies auch heute noch verstehen und umsetzen würden. Denn er habe sich die Mühe gemacht und sich erkundigt wie es der Industrie in Alfeld gehe, habe mit Menschen gesprochen, mit genau den Menschen die der Rat u.a. hier vertreten solle und müsse. Dabei gab es einen klaren Tenor, sowohl aus der Industrie als auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt Alfeld: Zum einen war die einhellige Meinung und Aussage, Gesprächsangebote durch die Stadt gab es anders als behauptet kaum. Viele haben erst aus der Presse von den Plänen erfahren. Zum anderen, wer Steuern erhöhen wolle, müsse vorher liefern.

Die Stadt Alfeld (Leine), welche seit Jahrzehnten unter einer einzigen politischen Flagge stand, scheine irgendwann im letzten Jahrtausend stecken geblieben zu sein. Investitionen egal wie laut sie angepriesen werden, sehe nur eine gewisse Minderheit an Menschen. Alle anderen sehen eine Stadt kurz vor dem Kollaps. Eine sterbende Stadt. Eine Stadt die sich jetzt ändern müsse, um nicht in 10 Jahren tot zu sein. Jetzt könnte man natürlich sagen: "Zum Handeln brauchen wir Geld" oder aber "Wir handeln doch!" oder ähnlich.

Hier möchte er zurückkommen auf sein Zitat vom Anfang, blindes Handeln mit sehr kurzfristig gedachten Versuchen einer Lösung, welche sich gegen die Menschen und Betriebe richte, ist kein Handeln im Sinne seines Demokratieverständnisses!

Und wer den Betrieben und Menschen wirklich zuhöre und die eigene Blase verlasse, werde merken, die Menschen wollen vieles nicht was hier gerade geplant wird. Alfeld sei keine Universitätsstadt, Alfeld sei eine Stadt, die vor allem durch Arbeiter*innen getragen wird. Arbeiter*innen, die sich übrigens in der Grundidee von gleich zwei Parteien in diesem Rat als besonders vertretungswürdig und zu schützen wieder finden. Diese beiden Parteien wollen nun Steuererhöhungen, welche im Übrigen unter anderem den Parteien im Rat die geschichtlich vor allem als Parteien der Arbeitgeber und aus Sicht vieler Arbeiter eher als unsozial gelten zu unsozial sind!

Man müsse sparen, durchaus auch drastisch sparen und sich hinterfragen, ob beispielsweise Ideen zur Stadtplanung notwendig seien, nur weil sie gefördert werden. Und dies sage er, als ein Vertreter einer digitalen Partei! Denn noch hätte die Stadt Alfeld (Leine) kein Einnahmenproblem.

Man müsse die Verwaltung und deren Abläufe optimieren, ggf. auch hier durch sinnvolle Digitalisierung, um bei Investitionen evtl. ähnliche Ziele zu erreichen, bei deutlicher Einsparung von Kosten. Und bevor man noch weiter in die Tasche der Menschen greife, müsse man schauen, welchen Luxus man sich momentan leisten könne und wolle.

Zum Abschluss zitiert er Peer Steinbrück: „Wer denkt, dass diese Steuererhöhungen das Licht am Ende des Tunnels der Finanzprobleme in der Stadt sind, sollte aufpassen das es kein Zug ist!“

Frau Lehmann teilt mit, dass die FDP alle geplanten Steuererhöhungen ablehne. Nicht weil sie generell Steuererhöhungen kritisch gegenüberstehen, sondern weil diese Erhöhungen kontraproduktiv, unsozial und unnötig seien. Höhere Gewerbesteuern verringern die Attraktivität des Standorts Alfeld für Unternehmen und entziehen ihnen Liquidität. Unternehmer werden es sich künftig noch genauer überlegen, ob sie sich in Alfeld ansiedeln oder hier in Betriebserweiterungen investieren oder leider eine Nachbargemeinde vorziehen.

Die Erhöhung der Grundsteuern trifft Eigentümer und Mieter. Die Preise für Lebensmittel, Mobilität, Wohnen und Heizung steigen. Gerade untere und mittlere Einkommen leiden stark unter der aktuellen Inflation und würden durch die steigenden Grundsteuern überproportional belastet. Sie sei erschüttert und traurig. Aus Reihen der SPD wurde in den letzten Beratungen des Finanzausschusses wiederholt vorgerechnet, dass die Grundsteuererhöhung doch nur ein paar Euro betragen würde. Ja, für eine durchschnittliche Wohnung oder ein Einfamilienhaus sind es vielleicht ein paar Euro. Aber es gebe viele Menschen, die mit jedem Euro rechnen müssten.

In der Ratssitzung am 16.12.2021 wurde eine Erhöhung der Vergnügungssteuer beschlossen. Jetzt ist kurzfristig eine weitere Erhöhung für 2023 geplant. Sie frage sich, wo der Vertrauensschutz für die betroffenen Steuerzahler sei. Welche Steuer werde als nächstes angehoben?

Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen seien unnötig. Es gebe aus ihrer Sicht keinen Grund, warum die Kommunalaufsicht einen Haushalt ohne Steuererhöhungen nicht genehmigen sollte. Der Haushalt befinde sich auch ohne Steuererhöhungen auf dem Weg einer Haushaltskonsolidierung. Sparvorschläge von Grünen, CDU und FDP ermöglichen weitere Einsparungen für die nächsten Jahre. Parteiübergreifend wurde beschlossen, Optionen zur Reduzierung der Energiekosten der städtischen Gebäude und der Betriebskosten des Sieben-Berge-Bads zu erarbeiten und zu prüfen. Es müsse endlich die Ausgabenseite angegangen werden, statt die Einnahmen zu Lasten der Steuerzahler zu erhöhen.

Herr Bieder sehe zwar die Problematik, dass bei einer Erhöhung der Grundsteuer, die Erhöhung auf die Mieter durch die Nebenkosten umgelegt werde, aber was für eine Alternative gebe es? Keine Steuererhöhungen bringe die Ungewissheit mit, ob der Haushalt von der Kommunalaufsicht überhaupt genehmigt werde und damit das Risiko, dass wir bei einer nicht Genehmigung des Haushaltes, durch den zeitlichen Druck die Fördergelder verlieren würden und diese nicht den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Alfeld (Leine) zu Gute kommen würden. Was ist Unsozial? Die Steuern moderat zu erhöhen und dafür nachhaltig bis 2027 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, um auch in Zukunft soziale Projekte vorantreiben zu können oder die Steuern nicht zu erhöhen und möglicherweise Hunderttausende an Fördergeldern zu verlieren und bis 2027 keinen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen? Er stimme den Kompromissvorschlag zu.

Herr Gravili wundere sich etwas über diverse Aussagen, die getroffen wurden. Insbesondere von den Grünen sei er irritiert, denn in den letzten Jahren wurde noch mit der SPD einträchtig zusammengearbeitet, vieles zusammen beschlossen und politische Projekte angeschoben und umgesetzt, jedoch heute soll das alles falsch und exzessiv gewesen sein. Dennoch habe er

Hoffnung, dass sich die Gruppe CDU/FDP neuerdings um sozialpolitische Themen kümmern möchte und sich um den „kleinen Mann“ Sorge, hier aber unverantwortlich die gestiegenen Energiekosten, eingeleitet durch die Energiewende und Einflüsse durch die Pandemie gleichsetzt mit den drohenden Kosten der geplanten Steuererhöhungen. Er setzt dies ins Verhältnis und habe das exemplarisch für seine Situation, durchschnittliche Familie und Eigentümer Einfamilienhaus berechnet. Ja die Energiekosten belasten alle am Meisten, aber alle wollen auch die Energiewende und das kostet nun mal. In seinem Fall seien es 80,-€/Monat mehr durch gestiegenen Strom/Gas/ Kraftstoffkostenpreise.

Die Grundsteuer B werde laut Stufenplan jetzt 80cent im Monat mehr kosten! 80cent zu 80€ und die CDU/FDP und Grünen suggerieren, dass das für Viele zur Zahlungsunfähigkeit führen wird. In seinen Augen surreal. Und um auf Herrn Dinkela zurückzukommen, stehe er dazu, dass er als gebürtiger Alfelder mit Herzblut an dieser schönen Stadt hänge, hier gern wohne und das gern zahle, damit alle freiwilligen Leistungen der Stadt Alfeld getragen und auch umgesetzt werden können. Die Attraktivität einer Stadt hänge auch nicht, wie von CDU/FDP und Grüne propagiert an den Hebesätzen! Sonst könne er sich nicht erklären, warum alle Großstädte in Deutschland sich großer Beliebtheit erfreuen, bei Hebesätzen von durchweg über 600%, und unsere Hauptstadt sogar 750%.

Die Attraktivität bemisst sich hauptsächlich an der gebotenen Infrastruktur. Das politisch alle fordern, um Alfeld attraktiv zu halten, wie Sportstättenanierung (Kunstrasenplatz), das Sieben-Berge-Bad, inklusionsgerechte Bushaltestellen, RLT-Anlagen für unsere Kinder, Sanierung von Spielplätzen für unsere Kinder, vernünftige Ausstattung unserer freiwilligen Feuerwehren, Jugendzentrum, Bücherei, Stadtarchiv, Museen und auch die Musikschule. Gewerbe siedelt sich in Alfeld an, weil für den Standort vorrangig Anbindungsmöglichkeiten, Transportwege, Infrastruktur, Zuwendungen und Arbeitsmarkt ausschlaggebend sind und dann, wenn überhaupt, die steuerliche Belastung!

Der Stufenplan ist ein großartiger Kompromiss von SPD, BAL und Linke, die nachhaltig Politik in Alfeld betreiben, denn eine Anpassung und Kontrolle der Ein- und auch Ausgaben wird so für alle zwei Jahre erfolgen und zeigt der Kommunalaufsicht, dass die Stadt Alfeld (Leine) es ernst meine mit dem Schuldenabbau und wir unsere beantragten Förderungen nicht gefährden wollen. Wer weiß, wenn Sparbemühungen und höhere Gewerbesteuern, Zuwendungen die heute nicht denkbar sind, erfolgen, spricht ja auch nichts gegen eine Beibehaltung oder gar Senkung! Daher ist der erste Schritt auch sozialverträglich!

Er gibt Herrn Behrens Recht, dass wir gucken müssen, wo wir in Zukunft sparen können und uns da gemeinsam in allen Fraktionen viel stärker bemühen müssen, aber zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine andere Möglichkeit, sonst hätten die Fraktionen, die keine Steuererhöhungen wollen, große Einsparungen präsentieren können! Er bittet um Zustimmung zu dem Stufenplan.

Herr Wöhler betont, dass die Wahrheit eher in der Mitte liege. Aus seiner Sicht seien Steuererhöhungen Denkweisen der Vergangenheit und damit den Haushalt zu konsolidieren zu einfach. Auch eine Erhöhung in Stufen sei eine Erhöhung. Man sei bereits am Ende der Fahnenstange angekommen. Aus seiner Sicht sei eine Genehmigung auch ohne diese Erhöhungen realistisch.

In Bezug auf die vom Bürgermeister in der Presse losgetretene Diskussion zur Gewerbesteuer für Freiberufler erklärt er, dass dies höchstrichterlich abgeklärt sei, dass dies nicht zulässig sei.

Frau Friedemann empfindet den Einstieg in die Diskussion durch Herrn Dinkela als eigenartig, ebenso die Argumentation von Herrn Glade. Sie betont ausdrücklich, dass alleine 15 % der Aufwendungen des Ergebnishaushalts auf die Kinderbetreuung (6,3 Millionen Euro) entfallen und hiervon 41 % (2,6 Millionen Euro) aus den Mitteln des städt. Haushalts beglichen werden,

weil diese nicht vom Landkreis oder Land übernommen werden. Für die SPD der richtige Einsatz der Haushaltsmittel für die Stadt Alfeld (Leine), weil die frühkindliche Bildung ganz wichtig sei für eine Entscheidung des Wohnortes. Auch dies solle im Interesse der Unternehmen sein und nicht nur die Frage der Steuerhöhe.

Sie betont auch, dass die offene Jugendarbeit notwendig ist. Diese brauche einen Raum in einem „geschützten“ Gebäude. Daher sei sie für die angedachte Sanierung des „Treff“ sehr dankbar.

Zu Thema „Leitbild“ verdeutlicht sei, dass es wichtig sei, dass die Einwohnerinnen und Einwohner mitgenommen werden. Ein Leitbild für eine Firma könne nicht mit einem Leitbild für die Stadt Alfeld (Leine) verglichen werden.

Sie macht abschließend deutlich, dass die Mittel für die kulturellen Ausgaben nicht gestrichen werden dürfen. Kultur trage enorm zur Attraktivität der Stadt bei.

Frau Flake möchte heute einen gemeinsamen genehmigungsfähigen Haushalt beschließen und zwar ohne eine Erhöhung der Realsteuerhebesätze. Auch ihr sind Vorhaben wie der Einbau der Luftfilteranlagen in unseren Schulen oder der Bau des Kunstrasenplatzes wichtig. Sie möchte auch das 7-Berge-Bad nicht schließen, obwohl das Defizit schon fast 2 Mio.€ im Ergebnishaushalt betrage und die Energiepreise drastisch steigen.

Sie findet Augmented Reality „cool“ und „nice to have“, aber es sei fraglich, ob wir uns dieses angesichts der Haushaltslage leisten können und sollten. Sie müsste auch angesichts der Haushaltslage nicht 1,2 Mio. € abzüglich Fördermittel in das „Treff“ investieren, besser wäre, dies später zu beraten und mit bestem Ergebnis für Alfeld zu beschließen.

Zur Genehmigungsfähigkeit des Haushalts:

Diese hänge nicht davon ab, ob die Realsteuerhebesätze um 10 Prozentpunkte erhöht werden oder nicht.

Sie zitiert aus dem Erlass zum Haushaltssicherungskonzept:

- *„Sind gleichzeitig Maßnahmen zur Herstellung eines Haushaltsausgleichs und zum Abbau einer Überschuldung erforderlich, kann der Zeitraum auf insgesamt bis zu sechs Jahre ausgedehnt werden. Im Ausnahmefall dürfen diese Zeiträume überschritten werden. Dies ist entsprechend in Haushaltssicherungskonzepten und -berichten zu begründen.“*

Also wäre es auch zulässig, dass Defizit erst im 7. Jahr runterzufahren.

- *„Alle Möglichkeiten der Ertragsverbesserung werden überprüft. Es ist auch eine Erhöhung des Steueraufkommens zu prüfen. Hierbei können die landesdurchschnittlichen Hebesätze der jeweiligen Gemeindegrößenklasse eine Orientierung bieten.“*

Im Finanzausschuss ist sie bereits auf die durchschnittlichen Steuerhöhen eingegangen (im Jahr 2020 Grundsteuer A/B 383/393, Gewerbesteuer 333, weniger als 3 % der Kommunen in Nds. hatten GewSt-Hebesatz über 400). Die Stadt Alfeld (Leine) liegt bereits heute schon über diesen Werten.

- *„Ergänzend zu den in Nr. 2.2 beschriebenen Maßnahmen kann eine pauschale Minderung der Aufwandspositionen unter Angabe der zu kürzenden Produktbereiche angegeben werden.“*

Das hätte ein „alternatives Szenario“ der Verwaltung sein können, wie von Frau Funk-Pernitzsch angesprochen.

- *„Legt eine Kommune in einem den formalen Anforderungen genügenden HSK dar, dass ein Haushaltsausgleich trotz entsprechender und fortgesetzter Anstrengungen nicht zu erreichen ist, kann die Kommunalaufsicht dies bei ihrer Aufsichtsführung berücksichtigen.“*

„Kann“ bedeute, dass die Kommunalaufsicht Ermessen habe, also bei ihrer Entscheidung verhältnismäßig vorgehen muss. Eine Nichtgenehmigung wäre also ultima ratio. Die Kommunalaufsicht müsse berücksichtigen, dass die „dauernde Leistungsfähigkeit der Kommune“, die mit diesen Maßnahmen erreicht werden soll, in Alfeld schon seit Jahrzehnten nicht mehr existiere. Bevor die Genehmigung ultima ratio versagt werde, dürfte z.B. erst mit Teilversagung genehmigt werden (Beispiel aus Vergangenheit: Aqua Cycling Räder für 7-Berge-Bad).

Die Stadt Alfeld (Leine) sei nicht die einzige Kommune, die dauerhaft rote Zahlen schreibe. Kommende Aufgaben wie z. B. durch die Digitalisierung des Rathauses (Stichwort OZG) oder energetische Sanierungen wegen des Klimaschutzes (Stichwort Klimagesetz) seien weitere finanzielle Herausforderungen. Deshalb gebe es die Forderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf ein Milliardenpaket zur Entlastung der Kommunen. Wenn Sie ein Teil der Verwaltung wäre, würde sie sich auch mehr finanziellen Spielraum wünschen, nicht zuletzt, um die Liquiditätskredite bedienen zu können. Aber dies sei, wie schon vorgetragen, aus Sicht vieler hier im Rat vertretener Parteien der falsche Weg. Auch der von der CDU/FDP-Gruppe vorgelegte Vorschlag wäre gesetzeskonform und genehmigungsfähig.

Frau Bertram stellt fest, dass heute wirklich gute Debatten im Rat geführt wurden. Alle Parteien sind bemüht sich einzubringen, um Alfeld attraktiv zu machen. Alfeld ist eine steuerstarke Stadt. Das sieht man an der Kreisumlage, die Alfeld abführen muss. Es ist die zweitgrößte Zahlung innerhalb des Landkreises.

Die Kommunalaufsicht schreibt regelmäßig im Begleitschreiben zur Haushaltsgenehmigung, dass Alfeld kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem hat. Die Personalkosten sind hier zu nennen, die überproportional hoch sind. Die Personalkosten sind der zweitgrößte Posten nach der Kreisumlage im Haushalt.

Mit Bezug auf Waltraud Friedemanns Beitrag über Bildung und Kultur sei sie sehr froh, dass die Neubaugebiete ausgewiesen wurden, damit junge Familien sich in Alfeld niederlassen. Eine Steuererhöhung wirke doch kontraproduktiv.

Herr Beushausen bedankt sich bei allen Beteiligten für die gute Diskussion. Es haben alle Argumente ihren Platz gefunden und seien intensiv besprochen worden.

Auf die Aussage der Teilversagung von Frau Flake antwortet er, dass dies in der Vergangenheit für hitzige Diskussionen gesorgt habe. Letztlich sei der Kreisausschuss der Kommunalaufsicht nicht gefolgt. Das Ergebnis sei damals gewesen, dass die Stadt Alfeld (Leine) über eine Nachtragshaushaltssatzung die Steuern erhöhen musste.

Die Verwaltung habe bereits im Sommer einen Planentwurf intern diskutiert. Dabei sei man bei einem Defizit von 4,7 Millionen Euro gestartet. Das Haushaltssicherungskonzept sei dann aufgestellt worden und beinhalte nicht nur Steuererhöhungen, sonst hätte man im Verwaltungsentwurf das Defizit nicht auf unter 1 Million Euro senken können. Er sieht die intensiven Diskussionen, vor allen in den beiden letzten Finanzausschüssen, als positiv an und das Ergebnis daraus ebenso.

Er werde daher den von der BAL vorgebrachten Kompromissvorschlag zustimmen.

Herr Behrens stellt im Namen der CDU/FDP-Gruppe den Antrag, das Haushaltssicherungskonzept mit folgenden Beschlüssen zu beschließen:

1. mit der Ausnahme der Anhebung der Realsteuern (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer)
2. ohne die Erhöhung der Vergnügungssteuer um weitere 5 % zum 01.01.2023

Herr Schliestedt lässt sodann über die Anträge abstimmen:

Zu 1.: - **m e h r h e i t l i c h m i t 16 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen a b g e l e h n t -**

Zu 2.: - **m e h r h e i t l i c h m i t 16 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen a b g e l e h n t -**

Anschließend lässt **Herr Schliestedt** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2022 und den Zeitraum bis zum Jahr 2027 in der als Anlage zur Vorlage beigefügten Fassung.“

- **m e h r h e i t l i c h m i t 17 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen b e s c h l o s s e n -**

- 10.6. Haushaltsplanentwurf 2022; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2023 – 2025; Vorlage: 027/XIX
- 10.7. Haushaltsplanentwurf 2022; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2023 – 2025; Haushaltssicherungskonzept ab 2022; Vorlage: 027/XIX/1
- 10.8. Haushaltsplanentwurf 2022; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2023 – 2025; Haushaltssicherungskonzept ab 2022; Vorlage: 027/XIX/2
- 10.9. Haushaltsplanentwurf 2022; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2023 – 2025; Haushaltssicherungskonzept ab 2022; Vorlage: 027/XIX/3

Herr Behrens stellt im Namen der CDU/FDP-Gruppe den Antrag, den Haushaltsplanentwurf mit folgendem Beschluss zu fassen:

mit der Ausnahme der Anhebung der Realsteuern (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer)

Herr Schliestedt lässt sodann über den Antrag abstimmen:

- **m e h r h e i t l i c h m i t 16 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen a b g e l e h n t -**

Anschließend lässt **Herr Schliestedt** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2022 in der als Anlage zur Vorlage beigefügten Fassung.

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum 2022 bis 2025 und das zugrundeliegende Investitionsprogramm für den gleichen Zeitraum in der als Anlage zur Vorlage beigefügten Fassung.“

- **m e h r h e i t l i c h m i t 17 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen b e s c h l o s s e n -**

11. Mitteilungen der Verwaltung

keine

12. Anfragen

keine

Da keine Anfragen gestellt werden, schließt **Herr Schliestedt** die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) um 19:21 Uhr und gibt den Zuhörerinnen und Zuhörern die Möglichkeit Fragen an den Rat der Stadt Alfeld (Leine) zustellen.

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

(Schliestedt)

(Beushausen)

(Klingeberg)